

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unregelmäßig.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Platz 2.

Inserate für die vierspaltige Feilzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Fünfundzwanzig Jahre Verbandsleiter.

Für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist das letzte Vierteljahrhundert von ganz außerordentlicher Bedeutung. Zu Beginn dieses Zeitraums steckte unsere Bewegung noch in den Kinderschuhen. Das Sozialistengesetz war soeben gefallen, und damit waren die schwersten Hindernisse beseitigt, die sich der Entwicklung der Organisationen entgegenstellten. Der Geist des Sozialistengesetzes wirkte aber noch lange fort, und zahlreich waren die Versuche, die unternommen wurden, die selbständigen Regungen der Arbeiterchaft niederzuhalten. Dem jähen Festhalten an der gewonnenen Erkenntnis, der unermüdblichen Werbetätigkeit gelang es aber, der Widerstände Herr zu werden. Die Gewerkschaften wuchsen und erstarkten. Ihre Erfolge im wirtschaftlichen Kampf festigten das Vertrauen, das ihnen die Arbeiter entgegenbrachten. Mit dem Zustrom der Mitglieder steigerte sich ihre Kraft und vermehrten sich ihre Erfolge. So sind die Gewerkschaften zu mächtigen Organisationen angewachsen, die kein Sturm erschüttern kann, nachdem sie die schwere Prüfung, die ihnen der Weltkrieg auferlegt hat, glänzend bestanden haben.

Mit Genugtuung können die Gewerkschaftsmitglieder auf die hinter uns liegende Zeit zurückblicken, die von Anbeginn dabei waren und der Organisation immerdar die Treue gehalten haben. Um so größer ist aber die Befriedigung für den, der das verfloßene Vierteljahrhundert Gewerkschaftsentwicklung nicht nur handelnd miterlebt, sondern diese Zeit hindurch an der Spitze der Organisation gestanden, ihr die Spuren seines Geistes aufgedrückt und das Schicksal des Verbandes, oft genug in Sturm und Wetter, zwischen Klippen und Untiefen hindurch in den sicheren Hafen geleitet hat. Diese Anerkennung seines Wirkens müssen wir unserem Verbandsvorsitzenden, dem Kollegen **Theodor Leipart**, zollen.

Leipart hat schon in sehr jungen Jahren den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, und er hat sich um die Errichtung der Zentralorganisation für seine engeren Berufsgenossen, die Drechsler, große Verdienste erworben. Während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes war der erste Versuch, eine Verbindung zwischen den bestehenden Drechslervereinen herzustellen, im Jahre 1885 von Magdeburg ausgegangen. Dieser Versuch führte aber nicht zum Erfolg. Dagegen wurde in Hamburg die „**Fachzeitung der Drechsler und Gewerksgenossen**“ ins Leben gerufen, die am 1. April 1887 zum erstenmal erschien. Zu den Gründern dieser Fachzeitung, die von der Verlagsanstalt Jensen & Co. herausgegeben wurde, gehörte auch der damals 20jährige Kollege Leipart, der sich zugleich durch Mitarbeit an dem Werk betätigte. Durch die Fachzeitung wurde die Verbindung zwischen den Vereinen in den verschiedenen Städten hergestellt, und bald wurde die Abhaltung eines Drechslerkongresses angeregt, der vom 28. bis 30. August 1887 in Naumburg abgehalten wurde und zur Gründung der „**Vereinigung der Drechsler Deutschlands**“ führte. Dem Zentralvorstand der Vereinigung gehörte auch **Theodor Leipart** an; er bekleidete in ihm das Amt des Schriftführers.

Leipart hatte das Drechslerhandwerk in Hamburg erlernt, und er hat dort und vorübergehend auch in seiner Vaterstadt Neubrandenburg als Geselle gearbeitet. Als es im Jahre 1888 zu einem Streit der Hamburger Drechsler kam, fühlte sich Leipart verpflichtet, abzureisen, trotzdem er an der Leitung der Organisation hervorragend beteiligt war. Damals arbeitete er einige Zeit in Berlin.

Von einer Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Vereinigung der Drechsler müssen wir hier absehen. Von Anbeginn an hat Leipart an dem Fortschritt der Organisation gearbeitet, und neben seiner Tätigkeit im Vorstand war die „**Fachzeitung**“ sein hauptsächlichstes Betätigungsgebiet. In der Vereinigung der Drechsler versah Leipart auch die Funktion des Vorsitzenden der Agitationskommission. In dieser Eigenschaft erlebte er seinen ersten Konflikt mit den Behörden. Damals, es war im Jahre 1888, entwickelte die Polizei eine besondere Neugierde gegenüber dem Treiben in den Gewerkschaften, und sie erklärte deshalb nicht nur die Vereinsversammlungen, sondern auch die Vorstands- und Kommissionsitzungen für anmeldepflichtig. Die Gewerkschaften nahmen den Kampf gegen diese Uebergriffe auf, und sie hatten schließlich Erfolg. Zu den Opfern, die dieser Kampf erforderte, gehörte auch Leipart, der wegen Nichtanmeldung einer Sitzung der Agitationskommission zu 30 Mk. Geldstrafe oder sechs Tagen Haft verurteilt wurde. Er wählte den besseren Teil und hat, weil er die Strafe nicht zahlen konnte, die sechs Tage Haft abgeessen.

Die „**Fachzeitung der Drechsler**“ erschien zunächst im Verlag von Jensen & Co. Diese Firma gab damals eine ganze Anzahl Gewerkschaftszeitungen heraus, die in einer gemeinsamen Redaktion hergestellt wurden. Gegen Ende des Jahres 1889 wurde Leipart von der Firma Jensen & Co. als Redakteur an- gestellt, er arbeitete also für alle in diesem Verlag erscheinenden Gewerkschafts-

blätter. Die Vereinigung der Drechsler löste mit dem 1. Januar 1891 ihr Verhältnis zu der Firma Jensen & Co. Sie übernahm die „**Fachzeitung**“ in eigenen Verlag und übertrug Leipart die Redaktion. Auf diese Weise wurde Leipart Angestellter der Organisation.

Wenige Monate später fand in Halle die zweite Generalversammlung der Vereinigung statt. Hier verzichtete Legien, der inzwischen das Amt als Vorsitzender der kurz zuvor gegründeten Generalkommission der Gewerkschaften angetreten hatte, auf die Wiederwahl. Am 1. April 1891 wählte die Generalversammlung einstimmig Leipart zum Vorsitzenden der Vereinigung. Das Amt als Redakteur der „**Fachzeitung**“ behielt er bei. Für seine Funktionen warf ihm die Generalversammlung ein Jahresgehalt von 1400 Mk. aus.

Zwei Jahre danach fand der Kongress in Kassel statt, auf welchem durch die Verschmelzung der Verbände der Tischler, Drechsler, Bürstenmacher und Stellmacher der **Deutsche Holzarbeiter-Verband** gegründet wurde. Zum Vorsitzenden der Organisation wurde **Carl Klotz** gewählt; **Theodor Leipart** wurde zweiter Vorsitzender. Niemand, der die Tätigkeit der beiden Männer aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, wird die großen Verdienste herabmindern wollen, die sich Klotz zunächst um die Organisation der Tischler und später, in dem erweiterten Arbeitsgebiet, um die der Holzarbeiter erworben hat, aber trotzdem darf man sagen, daß neben ihm der zweite Vorsitzende des Verbandes eine außerordentlich fruchtbringende Tätigkeit entfaltet hat. Die Ausübung der Mandate, die ihm die Stuttgarter Arbeiter im Reichstag, Landtag und in der Gemeindevertretung übertragen hatten, brachte es mit sich, daß Klotz öfters der Arbeit im Verbandsbureau fernbleiben mußte; der Verband hat aber davon keinen Nachteil gehabt. Leipart hat mit kundiger Hand das Steuer des Verbandschiffes geführt, so daß Klotz ohne Sorge um die Organisation die Mandate ausüben konnte, die ihm durch das Vertrauen der Arbeiterschaft übertragen waren.

Als Klotz im Februar 1908 gestorben war, bestand nirgends ein Zweifel darüber, daß Leipart sein Nachfolger im Amte des ersten Vorsitzenden sein mußte. Die auf dem Verbandstag in Stettin im gleichen Jahre erfolgte Wahl war nur die Bestätigung einer Selbstverständlichkeit. Eine nennenswerte Änderung seines Arbeitsgebietes hat diese Wahl für Leipart nicht gebracht; er war schon lange der tatsächliche Leiter des Verbandes.

Es hieße die Geschichte des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes schreiben, wollte man das Wirken Leiparts in und für die Organisation im einzelnen schildern. Das weitläufige Gebiet der gewerkschaftlichen Betätigung stellt an den Leiter der Organisation, der seiner Aufgabe gerecht werden will, vielseitige Anforderungen. Die außerordentliche Leistungsfähigkeit unseres Verbandsvorsitzenden wird nicht nur von der gesamten Kollegenschaft rückhaltlos anerkannt, sondern auch weit über die Kreise der Verbandsmitglieder hinaus hochgeschätzt. Leipart widmet seine ganze ungewöhnliche Arbeitskraft unserm Verband und der Gewerkschaftsbewegung. Er ist dabei ein aufmerksamer Beobachter aller Vorgänge auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens. Mit Verständnis verfolgt er die Ereignisse und zieht aus ihnen die nötigen Anwendungen für sein spezielles Arbeitsgebiet. Dort, wo über das Wohlergehen der Gewerkschaften beraten wird, hat sein Wort Gewicht. Gar manche Einrichtung, nicht nur in unserm Verband, sondern in der gesamten Gewerkschaftsbewegung, ist auf seine Anregung zurückzuführen.

Unser Verband darf sich glücklich schätzen, daß die großen Fähigkeiten, die in dem jungen Mann schlummerten, schon frühzeitig erkannt wurden, und daß man Leipart trotz seiner Jugend auf verantwortungsvolle Posten stellte. Dadurch konnten seine Anlagen an der richtigen Stelle reifen und ganz der Arbeit nutzbar gemacht werden. Im besten Mannesalter kann **Theodor Leipart** sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Verbandsleiter feiern. Befügt er auch nicht über einen robusten Körper, so befindet er sich doch in der Vollkraft des geistigen Schaffens.

Wir sind überzeugt, im Namen aller Verbandsmitglieder zu handeln, indem wir unserm Verbandsvorsitzenden die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Jubiläum darbringen und ihm zugleich den Dank aussprechen für seine unermüdbliche, aber auch von so schönem Erfolg begleitete Arbeit für unsere Organisation. Mit unserm Glückwunsch verbinden wir den Ausdruck der Hoffnung, daß es **Theodor Leipart** noch recht lange vergönt sein möge, an der Spitze unseres Verbandes zu wirken und sein reiches Wissen und Können im Dienste der Organisation zu betätigen. Gewährt seine Arbeit ihm selbst Befriedigung, so gereicht sie dem Verbands in jeder Hinsicht zum Vorteil.

Einkommen und Ernährungskosten.

Die ins fabelhafte steigenden Ernährungskosten zeigen dazu, Vergleiche anzustellen zwischen dem Aufwand, den Wohlhabende und Minderbemittelte zur Befriedigung ihres notwendigen Lebensbedarfes machen müssen. Die notwendigen Lebensbedürfnisse sind Ernährung und Wohnung, die im Budget des armen Mannes eine ganz überragende Rolle spielen. Auf Grund seiner Untersuchungen auf diesem Gebiet ist der berühmte Statistiker Ernst Engel zu dem Ergebnis gekommen, daß der Anteil der Gesamtausgaben, der zur Beschaffung der Nahrungsmittel aufgewendet werden muß, um so größer ist, je ärmer eine Familie ist. In welchem Maße sich die Kosten der Ernährung im Verhältnis zur Steigerung des Einkommens vermindern, zeigt die folgende Zusammenstellung. Hiernach beträgt der durchschnittliche Nahrungsmittelaufwand

bei einem Einkommen von 1000 Mk.	60 Prozent
" " " " 2000 "	51 "
" " " " 3000 "	43 "
" " " " 4000 "	38 "
" " " " 5000 "	33 "

Nachstehend liegen die Dinge bei der Wohnungsmiete. Auch hier gilt das Gesetz, daß die Miete einen um so größeren Prozentsatz des Einkommens erfordert, je kleiner das Einkommen ist. Nach einer im Jahre 1901 in Hamburg vorgenommenen Erhebung erfordert die Miete

bei einem Einkommen von 900—1200 Mk.	24,67 Prozent
" " " " 1200—1800 "	23,19 "
" " " " 1800—2400 "	21,51 "
" " " " 2400—3000 "	20,53 "
" " " " 3000—3600 "	19,25 "
" " " " 3600—4200 "	18,31 "
" " " " 4200—4800 "	17,36 "
" " " " 4800—6000 "	16,69 "
" " " " 6000—12000 "	14,30 "
" " " " 12000—30000 "	9,61 "
" " " " 30000—60000 "	5,99 "
" " " " 60000 und mehr "	3,04 "

Diese Zahlen sind Durchschnittswerte; bei den Berechnungen für den Einzelfall werden sich Abweichungen ergeben. Die Tendenz ist aber überall die gleiche: Die Armen und Minderbemittelten müssen zur Befriedigung ihres Wohnungs- und Ernährungsbedürfnisses verhältnismäßig viel mehr aufwenden als die Wohlhabenden und Reichen.

Aber nicht nur, daß zur Befriedigung dieser notwendigen Bedürfnisse bei niedrigem Einkommen ein verhältnismäßig viel größerer Teil des Einkommens aufgewendet werden muß, auch die Qualität der Wohnung und Nahrungsmittel sinkt, je tiefer man auf der sozialen Stufenleiter herabsteigt. Und sieht man näher zu, dann findet man, daß der Arme sogar einen absolut höheren Preis für seinen geringwertigen Konsum zahlen muß als der Reiche. Im Durchschnitt kostet das Kubikmeter Luft in der kleinen Hofwohnung mehr als der gleiche Raum in der komfortablen Herrschaftswohnung, und wer seine Lebensmittel im großen einkaufen kann, fährt bedeutend besser als der, der von der Hand in den Mund lebt und sich mit minderwertigen Waren zufrieden geben muß.

Die wiedergegebenen Verhältniszahlen zwischen Einkommen und dem Aufwand für Wohnung und Lebensmittel gelten nur für normale Zeiten. Seit Kriegsausbruch ist aber der Preis für die notwendigsten Lebensbedürfnisse wohl um das Doppelte gestiegen. Diese Preissteigerung trifft mit voller Wucht nur die arbeitende Bevölkerung. Natürlich müssen auch die Reichen für den Lebensunterhalt mehr ausgeben als früher, aber je geringer der auf die Ernährung entfallende Anteil des Einkommens ist, um so weniger verspürt man die Verteuerung der Lebensmittel. Selbst wenn man von den ins märchenhafte gehenden Kriegsgewinnen, an denen sehr weite Kreise der besitzenden Klassen profitieren, abzieht, kann in den Schichten, die über ein größeres Einkommen verfügen, kein Notstand herrschen.

Die Erhöhung des Kartoffelpreises im Kleinhandel von 4 Pf. auf 6 1/2 Pf. pro Pfund mit der Aussicht auf weitere Steigerung berührt den Geldbeutel des Arbeiters ganz empfindlich. Für den Wohlhabenden spielen die paar Pfennige täglich auch dann keine Rolle, wenn er sich nicht rechtzeitig mit billigen Kartoffeln eingedeckt hat. Das Brot wird auch dem Reichen nach dem allgemeinen Verteilungsplan zugemessen. Wenn man aber in der Arbeiterfamilie hungert, weil die Brotmenge zu gering ist, kann man vermutlich in großen Häusern noch Brotmarken ignorieren. Dort spielt der Brotverbrauch auch zu normalen Zeiten nur eine geringe Rolle, und dann gibt es ja marktfreie Kuchen und Torten, so daß ein Mangel nicht eintreten kann. Wenn auch die Fleischpreise um mehr als das Doppelte gestiegen sind, so wird die vornehme Dame deshalb weder auf den modernen Hut noch auf den Platz in der Oper oder sonst ein Vergnügen verzichten müssen. Der Fett- und Buttermangel, der die arbeitende Frau zwingt, viele Stunden mit dem Warten vor den Lebensmittelgeschäften zu verfrachten, wird von den Damen der besitzenden Klassen kaum merklich empfunden. Für entsprechende Geld öffnen sich manche Bezugsquellen, die dem gewöhnlichen Volk verschlossen sind. Sollten durch die neuen, strengeren Bestimmungen diese Quellen abgebrochen werden, dann ist die Not auch noch nicht groß. Schlimmstenfalls kann das Getreide mit Gänsefleisch und ähnlichen Sachen bedeckt werden, die jedermann zur Verfügung stehen, vorausgesetzt natürlich, daß er solche Gewinne bezahlen kann.

Der Notstand befindet sich im Zustand einer heftigen Fieberkrise. Wir müssen leben, mit den vorhandenen Nahrungsmitteln durchzukommen und uns damit bescheiden, daß die Korridore kleiner werden. Das ist gewiß richtig, und man würde die Entbehrungen gern hinnehmen und sie um so leichter tragen, wenn alle gleichmäßig betroffen würden. Das ist aber in Wirklichkeit keineswegs der Fall. Die Reichen sind auch jetzt in umgekehrtem Verhältnis zur Tragfähigkeit der Schultern

verteilt, und sie werden erschwert durch die sich häufenden Fehler bei den für die Verteilung der Lebensmittel maßgebenden Stellen. Wir wollen hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber wenn man die von der Regierung verfolgte Ernährungspolitik betrachtet, dann gewinnt es wirklich fast den Anschein, als sei die Sorge für den Profit der Agrarier der leitende Gedanke. Der Gewinn, den die großen Grundbesitzer aus dem herrschenden Notstand ziehen, dürfte mit dem Profit der industriellen Kriegslieferanten wetteifern.

Die Reiche müssen in jeder Hinsicht die Arbeiter zahlen. In den Ausschreibungen der Industriellen spielen die gestiegenen Arbeiterlöhne eine große Rolle, und auch sonst wird mit diesem Argument viel Unfug getrieben. Tatsächlich werden in einzelnen Industriezweigen, die für den unmittelbaren Kriegsbedarf arbeiten, Löhne gezahlt, die weit höher sind als die im Frieden üblichen. Aber verleiht man diese Lohnsteigerungen mit den gestiegenen Preisen für die Lebensbedürfnisse, dann wird man sehr häufig finden, daß auch die anscheinend so hohen Löhne kaum ausreichen, um die Lebenshaltung auf der seitherigen Höhe zu erhalten.

Bedeutende Lohnsteigerungen sind aber keineswegs überall eingetreten. Besonders die Holzarbeiter haben recht wenig davon gemerkt. Wohl sind da und dort Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen bewilligt worden, aber meist nur in so bescheidenem Umfang, daß sie angesichts der Teuerung wie der Tropfen auf den heißen Stein wirken. Sehr groß ist dagegen die Zahl unglücklicher Kollegen, denen bisher auch die bescheidenste Zulage verweigert wurde, denen zugemutet wird, jetzt noch bei dem gleichen Lohn zu arbeiten, der schon vor dem Kriege nicht ausgereicht hat, den bescheidenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

In einer ganzen Reihe von Städten haben die organisierten Arbeitgeber es ausdrücklich abgelehnt, mit den Arbeitern auch nur über Teuerungszulagen zu verhandeln. Es ist ein gefährliches Spiel, das diese Herren spielen. Doppelt gefährlich angesichts der schwierigen Ernährungsverhältnisse. Nicht selten sucht man die eine Teuerungszulage fordernden Arbeiter mit dem Hinweis abzufertigen, daß in dieser Zeit alle Opfer bringen müßten, also auch die Arbeiter. Solche Redensarten müssen auf die Betroffenen wie Peitschenhiebe wirken, angesichts der krassen Unterschiede, die in der Verteilung der Opferlasten bestehen. Unterschiede, die ihre Ursache in der herrschenden Wirtschaftsordnung haben, welche bewirkt, daß selbst in dieser Kriegszeit, die angeblich die sozialen Unterschiede verwischen soll, die Arbeiter nicht nur absolut, sondern auch relativ viel stärker leiden als die Angehörigen der besitzenden Klassen.

Die Arbeiter haben keine Aussichten auf Kriegsgewinne, ihr einziges Einkommen ist der Arbeitslohn, dessen Wert während der Kriegsdauer gewaltig gesunken ist. Wir müssen alles daran setzen, ihn wenigstens einigermaßen mit der Verteuerung der Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Mit aller Energie muß das Verlangen nach angemessenen Teuerungszulagen vertreten werden. Diese Forderung muß zu dem gewünschten Erfolg führen, wo die Kollegen einig und geschlossen zusammenstehen und sich auf eine starke Organisation stützen können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat März ist spätestens bis zum 2. April an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle veräußert werden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Herdingen. Einen schweren Verlust hat unsere Zahlstelle durch den Tod des Kollegen Paul Knott erlitten, der in Erfüllung seiner Soldatendienstpflicht auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist. Knott hat eine Reihe von Jahren als Vorzüglicher unserer Zahlstelle fungiert. Im Ausschuß der Waggonfabrik hat er stets ohne Rücksicht auf seine persönlichen Interessen die Rechte der Kollegen gegenüber der Betriebsleitung wahrgenommen. Auch in der politischen Arbeiterbewegung hat er seinen Mann gestanden, und die Genossenschaftsbewegung hat er eifrig gefördert; um die Ausbreitung der Volksfürsorge hat er sich große Verdienste erworben. Daß Knott, der in der Heimat im Kampf für die Wohlfahrt der Arbeiter stets in vorderster Reihe stand, auch im Felde seine Pflicht in vollem Maße erfüllte, geht daraus hervor, daß er zum Gefreiten befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde. Sein Andenken wird hier in Ehren gehalten werden.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Auf Grund der Tarifverträge treten am 1. April 1916 — abweichende Daten sind besonders bemerkt — folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

Altenstein: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden nebst 2 Pf. Stundenloohnerhöhung.

Bergedorf und Gander: Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde; der Mindestlohn steigt auf 65 Pf.

Bielefeld: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und Erhöhung der Löhne um 2 Pf. pro Stunde nebst Steigerung des Durchschnittslohnes auf 58 Pf. (Konsumverein): Der Wochenlohn wird um 1 Mk. erhöht.

Bonn (Bonn-Benler Möbelfabrik): Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde.

(Fa. Mandt u. Mendel in Lengsdorf): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 1/2 auf 55 Stunden und 1 Pf. Stundenloohnerhöhung.

Bremerhaven (Fischler in Stadt und Kreis Bremerbrücke): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden und Erhöhung des Mindestlohnes um 4 Pf. pro Stunde.

Coitbus: Stundenlohnzulage 2 Pf. und dementsprechend Erhöhung des Mindestlohnes.

Döbeln (Fa. Pöhl): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 auf 55 Stunden verkürzt und der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Die Normallöhne steigen auf 50 bzw. 44 Pf. pro Stunde.

Dresden (Stellmacher): Lohnerhöhung 2 Pf. pro Stunde. Der Mindeststundenlohn steigt für Kastenmacher auf 61 Pf., für Rademacher auf 54 Pf.

(Fa. Poppel, Rohrmöbelfabrik): Vom 15. April ab Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden nebst Steigerung des Mindestlohnes um 3 Pf. pro Stunde sowie Erhöhung der Akkordpreise um 3 Prozent.

Düsseldorf (Fa. Fr. Felder in Hilden): Vom 1. März ab Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden nebst Lohnausgleich in Höhe von 2 Pf. pro Stunde.

Frankfurt a. D. (Fa. Danke u. Co.): Stundenlohnzulage 1 Pf.

Gleiwitz: Vom 1. März ab Lohnerhöhung 2 Pf. pro Stunde.

Goldap (Fa. Paulstadt u. Schulz): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf.

Heide: Stundenloohnerhöhung 1 Pf. Der Normallohn beträgt 51 Pf. pro Stunde.

(Gebr. Jacobsen in Nordhastedt): Die Akkordtarifpreise werden um 2 Prozent, die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöht. Der Mindestlohn beträgt 53 Pf. pro Stunde.

Insterburg: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden nebst Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf.

Kempten: Erhöhung des Mindeststundenlohnes auf 46 Pf.

Kittlingen: Stundenloohnerhöhung 1 Pf. vom 1. März ab.

Köln-Brühl: Vom 1. März ab Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf. und dementsprechende Steigerung der Akkordpreise.

Königsberg i. Pr. (Fa. A. Sundrieser in Gr. Lindenau): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden.

Köthenerode: Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. und der Akkordpreise um 5 Prozent.

Lauenburg a. Elbe (Fischler): Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. und des Mindestlohnes auf 47 Pf.

Lauenburg i. P.: Die Möbeltischler erhalten 1 Pf. Stundenloohnerhöhung.

Lübeck (Fa. J. S. Lüders): Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde und dementsprechende Steigerung der Mindestlöhne.

Memel (Fa. Domscheit): Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf.

(Fa. Lettmann): Der Stundenlohn wird um 1 Pf. erhöht.

München (Fa. Rathgeber): Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf.

Neugersdorf (Fa. Hille): Stundenloohnerhöhung 2 Pf. und Steigerung der Akkordpreise um 5 Prozent.

Ortelsburg: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden sowie Erhöhung der Akkordpreise um 5 Prozent und der Stundenlöhne um 2 Pf.

Oschag (Fa. Rich. Zürn): Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. und dementsprechende Steigerung der Mindestlöhne.

Pirna (Fa. Emil Henschel in Copitz): Der Stundenlohn wird um 2 Pf. erhöht, und der Mindestlohn steigt auf 54 Pf.

Radeburg (Fa. Geißler u. Söhne): Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. und die Akkordpreise um 4 Prozent erhöht.

Rathenow (Fa. S. Gierke): Stundenlohnzulage 1 Pf.

Rieja (Werftarbeiter): Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. erhöht.

Schandau (Fa. G. Hauschild): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden sowie 1 Pf. Stundenlohnzulage und 2 Prozent Akkordpreiserhöhung.

Sträßburg i. Elz: Für Bau- und Möbeltischler Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf. und dementsprechende Erhöhung der Mindestlöhne.

(Sagenau): Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde.

Strausberg: Lohnzulage pro Stunde 2 1/2 Pf.

Warnemünde: Der Stundenlohn wird um 2 Pf. erhöht und beträgt 53 Pf.

Zoppot: Vom 1. März ab Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde.

In Chemnitz beschloß der Bezirksverband des Arbeitgeber-Schutzverbandes, nach mehrmaligem Ersuchen um Gewährung einer Teuerungszulage seitens unserer Ortsverwaltung, allen in den Betrieben seiner Mitglieder beschäftigten Holzarbeitern eine Kriegsteuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde zu gewähren. In den meisten anderen Betrieben der Holzindustrie und Maschinenfabriken werden schon seit längerer Zeit Teuerungszulagen von 2 bis 5 Pf. gewährt. In einigen Betrieben schweben noch die Verhandlungen über Zulagen, event. über die Erhöhung derselben.

Leipzig. Trotz wiederholter Versuche, durch Verhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine Teuerungszulage für die Kollegen zu erlangen, haben es die Unternehmer abgelehnt, darauf einzugehen. Als sogenanntes Entgegenkommen wird vielmehr den Kollegen empfohlen, pro Woche 4 Stunden länger zu arbeiten. Abgesehen davon, daß nur in einigen Betrieben die auch erst noch nachzuweisende Notwendigkeit zur Arbeitszeitver-

längerung vorliegt, stellt das Angebot einen sehr bemerkenswerten Versuch dar, die vertragliche Arbeitszeit zu verlängern. Selbstverständlich müssen wir es ablehnen, auf ein solches Angebot einzugehen, und werden versuchen, in anderer Weise die Frage zu lösen.

Ein Jahr Münchener Ostpreußenhilfe.

Aus München wird uns geschrieben: Bereits in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahr haben wir ein kleines Bild der Münchener Ostpreußenhilfe gegeben, wobei wir die Ausstellung der Wohnungseinrichtungen kritisch würdigten und zugleich dem Wunsch Ausdruck gaben, daß andere Städte dem Vorbild Münchens folgen möchten. Es ist auch von manchen Städten, wie Augsburg und Landshut, ein ganz guter Erfolg zu verzeichnen gewesen. In letzter Zeit hat auch der Lieferungsverband Nürnberg-Fürth durch ein Preisausschreiben auf Wohnungseinrichtungen den Versuch gemacht, dem Beispiele Münchens zu folgen. Inwieweit ein Erfolg erzielt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

So edel und gut der Zweck der Münchener Ostpreußenhilfe ist, wurde doch im Norden der Versuch gemacht, dieselbe in ein schiefes Licht zu bringen. Es waren Kräfte am Werke, welche die Eigenart des oberbayerischen Stils in ein Licht setzten, das für die ostpreussischen Einwohner abstoßend wirken mußte. Daß dabei die unvermeidliche Konkurrenz die Triebfeder gewesen ist, wollen wir nicht direkt behaupten, aber der Schein spricht dafür. Erfolg haben diese Bestrebungen nicht gehabt, denn die Münchener Ostpreußenhilfe hat nach einjähriger Tätigkeit einen geradezu glänzenden Erfolg aufzuweisen.

Wir konnten feinerzeit berichten, daß die Sammlung bis Juli 1915 die Summe von 400 000 Mk. ergeben hat. Anfang Februar 1916 war sie bereits auf rund 834 000 Mk. gestiegen, und zweifellos hat die Ausstellung im Juli des vorigen Jahres, welche die stattliche Besucherzahl von 40 000 Personen aufweisen konnte, die Gabe der Münchener noch weiter gefördert. Die Ausstellung, welche später in 21 Städten Ostpreuzens veranstaltet wurde, und zwar nicht ohne Erfolg, hatte auch in Ostpreuzen Widerhall gewedt und zugleich Münchener Kunst und Geschmack in eine Sphäre gebracht, wo sie zum Teil noch unbekannt waren.

In der Zwischenzeit hat die Vergabung der Arbeiten stattgefunden unter der Leitung des Architekten Ludwig Kaul, und zwar sind die Aufträge an sieben Schreinervereinigungen vergeben worden. Das System der Vergabung ist so geregelt, daß alle Meister und Firmen einen gleichmäßigen Arbeitsanteil erhalten, und es muß anerkannt werden, daß die Verwaltung der Münchener Ostpreußenhilfe durch dieses Vergabungssystem den Gedanken der Förderung von Lieferungsverbänden, wie diese während des Krieges dem Handwerk immer mehr empfohlen werden, weitgehend Rechnung trug.

Bis Anfang Februar 1916 wurden 460 Wohnungseinrichtungen, 1225 Schlafzimmer mit 2450 Betten, 2520 Drahtmattagen, 2500 Schonerdecken, 2668 Auflegematrizen, 400 Kissen, 1000 Waschgarnituren und 5100 eingerahmte Bilder in Auftrag gegeben, alles in allem einen Wert von 550 000 Mk. darstellend. Da der größte Teil der Aufträge für die Holzindustrie in Frage kommt, im besonderen für das Schreinergewerbe, wird es verständlich, wenn wir uns für die ganze Sache interessieren. Tatsächlich ist dem Münchener Schreinergewerbe durch die Ostpreußenhilfe während der Kriegszeit geholfen worden, auch nicht zuletzt unseren Kollegen, die durch die Aufträge zum Teil von der Arbeitslosigkeit verschont blieben und Verdienst fanden.

Da der Oberpräsident von Ostpreuzen den Wunsch äußerte, daß die Möbel nicht rein geschenkt, sondern von den Empfängern ein kleiner Teilbetrag aus der staatlichen Vorentscheidung gezahlt werden soll, stießen immer wieder Gelder zurück, welche wiederum zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen verwendet werden. Leider kann die Anlieferung der Einrichtungen nach Ostpreuzen noch nicht erfolgen, da gewartet werden muß, bis der Wiederaufbau von Ostpreuzen weit genug vorgeschritten ist, eine Maßnahme, die den Arbeitgebern Kosten verursacht und deshalb bitter empfunden wird.

Zimmerhin hat ein Jahr Münchener Ostpreußenhilfe gezeigt, daß die Arbeit und Mühe nicht umsonst waren. Es war ein glücklicher Gedanke, durch die Münchener Ostpreußenhilfe dem Handwerk entgegenzukommen; auch der Organisation des Werkes muß volle Anerkennung gezollt werden. Sie kann in der heutigen Zeit allen denen ein Beispiel sein, die den Wert der Organisationskraft nicht begreifen wollen.

Ein schwarzer Tag für die Arbeiterschaft.

Was am 21. Dezember begonnen wurde, ist am 24. März vollendet worden. Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist vollzogen! Welche Folgen dieses Ereignis nach sich ziehen wird, läßt sich noch nicht übersehen, aber soviel steht fest: Diese Spaltung bedeutet einen schweren Schlag für die deutsche Arbeiterschaft.

Das Ereignis an sich kam nicht überraschend, überraschend und ungewöhnlich waren nur die Formen, unter denen es sich vollzog. Die erste Lesung des Etats war beendet. Die Aussprache hatte sich, einer Verabredung unter den Parteien entsprechend, nur um die neuen Steuervorlagen gedreht, deren Schicksal nach dem Ergebnis der Debatte noch völlig dunkel ist. Um dem Ausschuss, an den der Etat mit den Steuervorlagen verwiesen ist, Zeit für seine Beratungen zu geben, sollte sich der Reichstag für kurze Zeit vertagen. Verfassungsmäßig muß der Etat, durch den die Regierung für das beginnende Geschäftsjahr ermächtigt wird, Steuern zu erheben und Ausgaben zu machen, am 1. April vom Reichstag verabschiedet sein. Da das in diesem Jahre nicht möglich ist, sollte vor, ein durchaus nicht ungewöhnlicher Vorgang, durch ein sogenanntes Etatsnotgesetz die Ermächtigung gegeben werden, die Reichsgeschäfte vorläufig weiterzuführen. Am 24. März stand dieses Notgesetz

auf der Tagesordnung und Scheidemann erklärte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese dem Notgesetz zustimme, ohne sich aber durch diese Abstimmung auf die spätere Annahme des Hauptetats zu binden.

Zur allgemeinen Überraschung nahm dann aber der Abgeordnete Haase das Wort, um für einen Teil seiner Freunde zu erklären, daß sie den Notetat ablehnen. Im Anschluß an diese Erklärung hielt er unter steigendem Tumult eine Rede, während welcher er wiederholt vom Präsidenten zur Sache gerufen wurde. Schließlich wurde ihm unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages das Wort entzogen. Haase machte der Regierung den Vorwurf, daß sie ihre Zusicherungen hinsichtlich der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur nicht erfüllt habe. Er ging dann auf die Friedenswünsche ein und gab der Ansicht Ausdruck, daß es unserem Heere nicht gelingen würde, die Gegner an die Küste zu zwingen. Am Schluß dieses Ringens werde es weder Sieger noch Besiegte geben. Wenn wir nur die Unabhängigkeit des Reiches aufrecht erhalten wollen, würden wir schon Frieden haben. Diese Rede entfesselte Stürme des Unwillens. Nachher nahm einmals Scheidemann das Wort. Er wiederholte, daß für seine Fraktion die spätere Zustimmung zum ordentlichen Etat von dessen endgültiger Gestaltung abhängen, und daß durch die Zustimmung zum Notetat dieser späteren Entscheidung nicht vorgegriffen werde. In Bezug auf die Dinge, die Haase zur Sprache gebracht hat, Vereinsrecht, Lebensmittelfrage, Zensur, Kriegs- und Friedensfragen, herrsche in der sozialdemokratischen Fraktion vollständige Einigkeit darüber, daß sie nach der Verabredung des Sentorenkonvents in den nächsten Tagen im Plenum verhandelt werden sollen. Bei der Zustimmung zum Notetat handelt es sich nicht um die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber der Regierung. Darüber wird demnächst bei der Beratung des ordentlichen Etats das Erforderliche gesagt werden. Zum Schluß erklärte Scheidemann, daß die große Mehrzahl seiner Freunde noch zu den Worten stehe, die Haase im Auftrage der Fraktion gesprochen: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben: In dieser Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich.“

Nach einer persönlichen Bemerkung von Haase, während welcher es zu stürmischen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Fraktion kam, wurde unter großem Lärm die denkwürdige Sitzung geschlossen. Die für bald darauf anberaumte neue Sitzung, in welcher der Notetat ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde, war notwendig, um einer Bestimmung der Geschäftsordnung zu genügen. Schließlich verlagte sich der Reichstag und ermächtigte den Präsidenten, die nächste Sitzung einzuberufen. Sie wird voraussichtlich am 4. oder 5. April stattfinden.

Der Vorstoß Haases war in bewusstem Widerspruch zu einem einstimmig in der Fraktion gefassten Beschluß erfolgt, wonach der Verabschiedung des Notetats keine Hindernisse bereitet werden sollten. In einer gleich nach der so bewegt verlaufenen Reichstagsitzung abgehaltenen Fraktionsitzung legte der Fraktionsvorstand eine Erklärung vor, in welcher es nach einer kurzen Schilderung der Vorgänge in bezug auf Haase heißt: „Dadurch wird sein Disziplinbruch auch zum Treubruch.“ Die Erklärung, in der ausgesprochen wird, daß Haase und die Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefassten Beschlüsse größtenteils mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verweigert haben, wurde mit 58 gegen 33 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Zwölf Fraktionsmitglieder fehlten.

Aus einer von den Beteiligten veröffentlichten Erklärung geht übrigens hervor, daß Haase von seinen engeren Freunden beauftragt war, im Plenum zu sprechen und von dieser Absicht der Fraktion vorher keine Mitteilung zu machen. Diese Abgeordneten haben sofort die aus ihrem Verhalten und dem Beschluß der Fraktion sich ergebenden Konsequenzen gezogen. Sie haben eine eigene Fraktion gebildet, die sich „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ nennt. Ihr gehören folgende Abgeordnete an: Bernstein, Bod, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geuer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Auerer, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Voghterz, Wurm, Zubeil.

Zur Vervollständigung des Tatsachenmaterials sei noch mitgeteilt, daß am gleichen Tage 14 weitere Fraktionsmitglieder eine Erklärung veröffentlicht haben, wonach sie in der Fraktion gegen die Bewilligung des Notetats gestimmt, im Plenum aber, dem seitherigen Brauch entsprechend, vor der Abstimmung den Saal verlassen haben. In der Fraktion haben sie gegen die Maßregelung der 18 Genossen gestimmt, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Dieses Recht stehe nur dem Parteitag zu. Diese Erklärung ist von folgenden Abgeordneten unterschrieben: Albrecht, Antick, Emmel, Edm. Fischer, Hoch, Hofrichter, Dittmann, Jädel, Lentert, Raute, Reihhaus, Ruffel, Schmidt (Meißen), Simon.

Die Vorgänge vom 24. März sind von weittragender Bedeutung, ihre Folgen lassen sich noch gar nicht absehen. Die sozialdemokratische Fraktion, die das Mandat hat, die Interessen der deutschen Arbeiterschaft in der Gesetzgebung wahrzunehmen, hat sich gespalten! Damit ist ihr Einfluß bedeutend herabgemindert. Wenn es sich im Reichstag nur darum handeln würde, Kritik zu üben, dann läme es auf die Stärke der Fraktion weniger an. Die Arbeiterschaft erwartet aber, daß ihre Vertreter die Gesetzgebung positiv beeinflussen, und da ist die Stärke der Fraktion, das Stimmengewicht, das sie in die Waagschale zu werfen hat, von großer Bedeutung. Wichtiger noch als die durch die Spaltung bewirkte Minderung ihrer Kraft ist aber die Einbuße an moralischem Ansehen, das die sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Vorgänge erlitten haben.

Die Mitglieder der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ wollen durch ihr Vorgehen

dem Frieden dienen. Diese Absicht ist löblich, und jeder Schritt, der uns dem Frieden näher bringt, ist mit Freuden zu begrüßen. Tatsächlich ist aber der Weg, der eingeschlagen wurde, nur geeignet, den Krieg zu verlängern. Sehr lehrreich ist in der Beziehung eine Aeußerung des französischen Parteiführers Sembat, der mit einigen anderen Genossen im Ministerium sitzt. Im September 1915 erklärte der Minister Sembat: „Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihre Politik beibehält, müssen wir sehen, sobald wie möglich den Krieg zu beenden.“ Zwei Monate später gaben die inzwischen eingelaufenen Nachrichten dem französischen Minister Mut zu neuen Hoffnungen. Nun meinte er: „Jetzt hat sich die Situation wesentlich geändert! In Deutschland geht die Einigkeit in die Brüche, und die Hungersnot nimmt zu, nun müssen wir den Krieg nach Möglichkeit in die Länge ziehen! Je länger er dauert, um so schlimmer wird es in Deutschland, um so mehr steigen unsere Aussichten auf den Sieg.“ Wie wird sich der französische Patriot freuen, wenn er die Vorgänge vom 24. März erfährt!

Es wäre zu wünschen gewesen, daß bei allen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag etwas von dem Geiste lebendig gewesen wäre, der bei zu Weihnachten abgehaltenen französischen Parteikongress befehle, als er mit überwältigender Mehrheit eine Resolution annahm, in der es heißt: „Der Kongress erinnert die sozialistische Parlamentsfraktion an die Einheit der Aktion, die die Einheit der Abstimmung im Parlament in allen wichtigen Fragen in sich schließt. . . . Er erinnert alle daran, daß jede Sonderaktion zur Konsequenz haben muß, nicht allein eine Schwächung der Einheit der Partei, sondern auch die Schwächung des Wertes der nationalen Verteidigung, an der die Partei mitarbeitet.“ In Deutschland ist nun leider der Schritt getan, der zur Schwächung der Einheit der Partei und zur Schwächung der nationalen Verteidigung führt.

Wichtig sind für uns insbesondere die Wirkungen, welche der 24. März auf die Arbeiterbewegung ausüben wird. Der „Vorwärts“ glaubt an eine Parteispaltung heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Diese Aeußerung verrät einen beiseitenswerten Optimismus. Wir können uns der Befürchtung nicht verschließen, daß die Vorgänge im Parlament und in der Fraktion bald einen verstärkten Nachhall im Reich finden werden. Der Bruderstreit in der Arbeiterbewegung würde für die Arbeiterschaft die schlimmsten Folgen zeitigen. Als Erregungsfaktor des Krieges erwarten wir die Wegräumung so manchen Unrechtes, das der Arbeiterschaft zugefügt wurde, und damit eine Verbesserung unserer Position auf den verschiedensten Gebieten. Diese Vorteile werden uns aber nicht als reife Früchte in den Schoß fallen, wir werden deshalb kämpfen müssen. Erfolge werden wir jedoch nur erzielen, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen für ihre Ansprüche eintritt. Das schwerste Unglück für die Arbeiterschaft wäre es, wenn sie zu dem Zeitpunkt, wo es zu handeln gilt, ihre Kraft mit innerem Streit vergeuden würde.

Auch die Gefahr, die den Gewerkschaften aus den jüngsten Vorgängen droht, darf nicht unterschätzt werden. Wir werden alle Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, zu verhindern, daß der unselige Zwist in unsere Organisationen übergreift. Hoffen wir, daß es gelingt, denn Großes steht auf dem Spiel. Besonders auf gewerkschaftlichem Gebiet warten unser nach dem Kriege schwere Aufgaben. Die hohen Lebensmittelpreise werden, auch nach Oeffnung der Grenzen, nicht so bald sinken. Die gute Konjunktur in der Kriegsindustrie, die wenigstens einem Teil der Arbeiterschaft annehmbare Löhne sichert, wird dann mit einem Schlage aufhören. Die Industrie wird sich auf den Friedensschluß einrichten, und der Rückstrom der Krieger zum bürgerlichen Erwerb wird ein Angebot an Arbeitskräften bringen, das den vorerst noch schwachen Bedarf weit übersteigen dürfte. Dann wird es ungeheure Anstrengungen kosten, das Arbeiterelkommen auch nur einigermaßen mit den Kosten der Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Schlimme Tage stehen dann der Arbeiterschaft bevor, wenn sie ihre Gewerkschaften nicht auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gehalten haben.

Die Spaltung vom 24. März wird keinen dauernden Bestand haben. Die Einigkeit im Handeln ist eine so gebieterrische Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, daß sie ihr auf die Dauer nicht entraten kann. Traurig ist es, daß anscheinend wieder erst eine Zeit des Bruderkampfes kommen muß, um diese Erkenntnis, von der man geglaubt hatte, daß sie Gemeingut sei, in die Köpfe der Arbeiter zu hämmern. Noch sind wir am Beginn einer unglückseligen Entwicklung, hoffen wir, daß es gelingt, das Unheil aufzuhalten, ehe es verderbliche Fortschritte gemacht hat.

Aus der Holzindustrie.

Der Marshallstab im Tornister.

Auch in der deutschen Armee hat jeder Soldat die Möglichkeit, zu den höchsten Stellen emporzusteigen. Solche Fälle, in denen Angehörige des Mannschaftenstandes zu Offizieren befördert werden, sind ja, sofern nicht der Betreffende die Anwartschaft zur Offizierslaufbahn im Geleit des Berechtigungscheines mitgebracht hat, sehr selten, aber sie kommen vor, ohne daß dabei immer besondere Tapferkeit der Grund für die Beförderung sein muß. So kann die „Holzwelt“ mitteilen, daß dem Holzindustriellen Moritz Gerkenberger, Gründer der Möbelfabrik Wank in Gerstenberger in Frankfurt a. O., auf Grund seiner bahnbrechenden Leistungen (Einführung rationaler Teilarbeiten im Möbelgewerbe und zweckmäßiger Herstellungs-methoden) nachträglich die Reise für den einjährig-freiwilligen Militärdienst zuerkannt und seine Beförderung zum Leutnant verfügt wurde. Gerkenberger war nach Kriegsausbruch als Geistes in den Seeresdienst eingetreten.

Dieses Avancement ist etwas ungewöhnlich. Tatsächlich ist Gerstenberger ein Fabrikant, der es vorzuziehen hat

in seiner Möbelfabrik, in der im Frieden etwa 1200 Personen beschäftigt wurden, mit 300 gelernten Arbeitern auszulassen. Die übrigen sind Angelernte; auch eine erhebliche Anzahl Frauen sind darunter. Diesem System entsprechen auch die Löhne, die sich in sehr bescheidenen Grenzen halten. Dafür übt Gerstenberger ein recht schneidendes Regiment im Betrieb. Er, der auf die straffe Organisation des Betriebes so großen Wert legt, ist ein abgelegter Feind der Organisation der Arbeiter, die er in seiner Fabrik nicht duldet. Dafür erfreut sich der gelbe Verein, den Gerstenberger vor einigen Jahren ins Leben gerufen hat, besonderen Wohlwollens.

Man kann es verstehen, daß es für den Inhaber eines Großbetriebes nicht sehr angenehm ist, als gewöhnlicher Soldat Dienst zu tun. Vermutlich werden noch viele andere Unternehmer den Wunsch haben, gegebenenfalls in den Kreis der Offiziere aufgenommen zu werden. Zu wünschen wäre aber doch, daß nicht etwa unter den Unternehmern der Holzindustrie die Ansicht Platz greift, daß man sich durch die Nachahmung Gerstenbergerscher Methoden die Anwartschaft auf die Offiziersabzeichen erwerben kann.

Als gekränkte Leberwurft spielt sich wieder einmal die „Fachzeitung“ auf. Die Mahnung, die wir in Nr. 12 an sie gerichtet haben, bei der Bezugnahme auf die Holzarbeiter-Zeitung weniger Fingerfertigkeit und mehr Ehrlichkeit walten zu lassen, beantwortet sie mit einer kräftigen Schimpferei. Das ist ihr gutes Recht, das wir ihr nicht streitig machen wollen. Possierlich wirkt aber die Selbstüberhebung, welche die „Fachzeitung“ veranlaßt, unsern Verbandsvorstand zu mahnen, „gewissen Elementen klar zu machen“ usw. Bei aller Hochachtung, welche die „Fachzeitung“ vor sich selbst hat, ist sie doch wohl zu solchem Rat nicht legitimiert. Das Blatt spekuliert auf die Gedächtnisschwäche seines Publikums, wenn es von einem „Rückfall in eine gewisse frühere Tonart“ spricht. Wir erinnern uns noch mit Vergnügen der etwas drastischen, aber schließlich doch erfolgreichen Methode, die wir vor einigen Jahren anwenden mußten, um die „Fachzeitung“ zur Mäßigkeit „gewissen Elementen“ gegenüber zu erziehen. Heute wollen wir den Mantel der Nächstenliebe darüber decken und die alten Sünden der „Fachzeitung“ ruhen lassen. — Bei dieser Gelegenheit sei übrigens bemerkt, daß wir zu gelegener Zeit noch auf das zurückkommen werden, was die „Fachzeitung“ sachlich zu der Entlohnung der Hilfsarbeiter zu sagen hatte. Unserer Notiz in Nr. 12 war lediglich die sofortige Zurückweisung einer Unterstellung, die mit dem sachlichen Teil des „Fachzeitung“-Artikels nur lose zusammenhing.

Fürsorge für Kriegsverletzte.

Kursus für invalide Holzarbeiter.

Die Württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt, im Fall genügender Beteiligung für kriegsinvaliden Schreiner und Angehörige sonstiger Holzgewerbe einen Kursus von etwa fünfmonatiger Dauer in Stuttgart abzuhalten. Der Kursus wird voraussichtlich anfangs Mai beginnen. Sein Zweck ist, Schreiner und Angehörige sonstiger Holzgewerbe, die infolge von Kriegsverletzungen in ihrem Beruf nicht mehr in der bisherigen Weise tätig sein können, durch vorwiegend theoretischen und zeichnerischen Unterricht so auszubilden, daß sie bei ausreichender Befähigung eine andere Beschäftigung in ihrem Gewerbe oder in einem verwandten Berufe übernehmen können. Es handelt sich um die Ausbildung als Aufsteiger, als Hilfskräfte zum Anfertigen von Kostenberechnungen, als Werkstattschreiber, Werkzeug- und Materialverwalter, Werkführer, Geschäftsführer und dergleichen. Die Ausbildung der einzelnen Kursteilnehmer wird nach ihrer Vorbildung unter möglichster Berücksichtigung ihrer Wünsche erfolgen.

Zu dem Kursus werden nur solche Kriegsinvaliden zugelassen, die in der Lage sind, mit Aussicht auf Erfolg an dem Unterricht teilzunehmen. Daß diese Voraussetzungen zutreffen, ist in der Regel durch die Bescheinigung einer Berufsberatungsstelle des Landesauschusses für Kriegsinvalidenfürsorge dahingehend nachzuweisen, daß die Zulassung durch die Beratungsstelle befürwortet wird. Die Kursusleitung muß sich vorbehalten, ungeeignete Kursteilnehmer vor dem Ende des Kurses zu entlassen. Bei der Zulassung werden in erster Linie Württemberger und solche Nichtwürttemberger berücksichtigt, die einem württembergischen Truppenteil angehört oder vor dem Krieg in Württemberg ihren Aufenthalt gehabt haben. Ein Unterrichtsgebid wird nicht erhoben. Im Bedarfsfall können über die Dauer der Kursteilnahme Unterstützungen gereicht werden.

Anmeldungen sind bis zum 10. April an die Königliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart einzureichen. Bei der Anmeldung sollen nicht bloß Namen, Alter, Beruf und Wohnort des Invaliden, sondern auch seine Kriegsentschädigung und seine gewerbliche Bildungslaufbahn (Lehre und Gehilfenzeit, Schulbesuch) angegeben werden; Lehr-, Arbeits-, Prüfungs- und Schulzeugnisse sollen womöglich angehängt werden. Die Anmeldungen können auch durch die Vermittlung der Beratungsstellen des Landesauschusses für Kriegsinvalidenfürsorge eingereicht werden.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Coen Hedim, „Nach Osten!“. Große Ausgabe. 520 Seiten mit 287 Abbildungen. Gebunden 10 Mk. (Leipzig, F. A. Brockhaus.)

Kürzlich konnten wir das Erscheinen der Feldpostausgabe dieses Wertes anzeigen, nunmehr liegt die große Ausgabe vor, die zweifellos trotz des verhältnismäßig hohen Preises viele dankbare Leser finden wird. Der berühmte schwedische Forschungsreisende versteht es, das, was er gesehen, in einer Weise zu schildern, die das Interesse des Lesers bis zum Schluß fesselt. Hedim hat die ganze Ostfront von Mittau bis Czernowit bereist und vieles beobachtet. Die Darstellung seiner Erlebnisse wird durch eine Menge Abbildungen unterstützt. Neben vielen Photographien enthält das Buch eine Menge Federzeichnungen, die erkennen lassen, daß der Verfasser den Zeichenstift so gewandt zu handhaben versteht wie die Sprache. Erwähnt sei schließlich noch die sorgfältige Ausstattung, die der Verlag dem Werk angedeihen ließ.

„Es lebe der Frieden!“ Von Philipp Scheidemann, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf.

„Für die Einheit der Partei.“ Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 60 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

„Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.“ Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf.

„Zur Frage der Frauenarbeit während des Krieges und nachher.“ Von Luise Zieg. Heft IX der „Sozialdemokratischen Frauenbibliothek.“ Preis 50 Pf.

Alle vier Broschüren sind im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Sie behandeln sehr aktuelle Fragen und sollten aufmerksame Beachtung finden.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Schiedsgericht.

Zur gefl. Anmerkung!

Ab 1. April dieses Jahres ist die Adresse des Obmannes: Hamburg 31, Osterstraße 126 I.

G. Hildebrand, Obmann.

Gestorbene Mitglieder.

- Paulus Fruth, Bleistiftarbeiter, 44 J., gest. in Nürnberg.
 - Richard Lehmann, Korbmacher, gest. in Niesky.
 - Wilhelm Lehmann, Tischler, gest. in Niesky.
 - Hermann Kellner, Maschinenarbeiter, gest. in Niesky.
 - Ernst Horstmannshof, 38 Jahre, gest. in Welle.
 - Marie Besede, Hilfsarbeiterin, gest. in Cummersdorf.
- Ehre ihrem Andenken.

Rohrburg (Ostpreußen). Reiseunterstützung und Lebensnahrung bei Ferd. Borich, Freizeid 15 a. l. Mittags 12 bis 1 Uhr und abends 6 bis 7 1/2 Uhr. Umkleen streng verboten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Jagiense Zwischau-Verband.

Hierdurch den Kollegen nochmals zur Kenntnis, daß der Paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Zwissau u. Umgegend in Zwissau, Auenberg Leipziger Straße 2, am 1. April in Kraft tritt.

Die Kollegen werden ersucht, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Umschauen verboten! Die Verwaltung.

Tüchtige Möbeltischler,

die selbständig nach Zeichnung arbeiten können, sofort gesucht.

L.A. Gröbner Möbelfabrik, Lüneburg, Markt 2.

Tüchtige Paritätischer verlangt sofort für dauernde Beschäftigung

Zemann, Dampfzählerlei, Marienberg (Böhmen).

Schreiner gesucht.

Einige tüchtige Schreiner können sofort einreten bei **Geitl. Schreiner, mech. Schreinerlei, Heilbronn a. Neckar.**

Tischler gesucht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Fabrikstraße 2, Dresden.

Tischler, Polierer,

mehrere tüchtige, für dauernde Beschäftigung gesucht. **Georg, Eisenweg Masch., Maschinenfabrik, Braunschweig.**

20 SELBSTÄNDIGE Möbeldreiner

auf bessere Herren- und Speisezimmer finden dauernde Arbeit. Erste Würzburger Möbelfabrik G. m. b. H. Würzburg.

Stuhlbauer Polierer Holzdrechsler

sofort gesucht. 10 bis 20 Proz. Zuschlag auf Friedenspreise. Meldungen an

Erzgebirgische Holzindustrie Aktiengesellschaft, Brand-Erbisdorf bei Freiberg in Sa.

Stellung sucht Drechsler, auf Bau- und Möbelerarbeit sowie Maschinenartikel bewandert. Angebote an **And. Jarausch, Br.-Stargard (Westpr.),** Friedrichstraße 98.

Drechsler gesucht,

vollständig militärf. (auch Kriegsbefähigter), für Zigarrenspitzenbranche. 25 Beschäftigte. Derselbe muß den Chef vertreten können. Sprachkenntnis nicht unbedingt erforderlich, wird Anleitung gegeben. Angebote an den Bevollmächtigten der Ortsverwaltung, **Hr. Bachem, Götze, Schwabhauserstr. 29.**

Mehrere Holzdrechsler sucht Holzwarenfabrik **Hans E. Jund, Mühlberg i. Thür.**

Zwei tüchtige Korbmacher auf Konservenkörbe, runde, Lohn 60 Pf., stellt sofort nach ein

Fritz Kozmarath, Korbmachermeister, Döberitz (Altmark).

Korbmacher

auf Grün, Gematt und Geißlagen, 25 Proz. Tarifzuschlag, Berliner Körbe 94 Pf. Lohn, Holz gut zugerichtet, stellen jederzeit ein **Gebr. Beiter, Köpchenbroda bei Dresden.**

10 Korbmacher für sofort gesucht auf Gefäßkörbe, 15er Langgranaten und auf Mattarbeit. Lohn nach Tarif. **Wilk. Sandau, Gardelegen (Altmark).**

Suche noch weitere 20 Korbmacher auf runde Gefäßkörbe. **Georg Bicht, Holzwarenfabrik, Eisleben.**

10 Korbmacher

auf Kistenkörbe stellt ein **Bahnack & Co., Barmen.**

Korbmachergehilfen auf Beddighorfmöbel sucht **J. C. W. Müller, Bremen.**

Korbmacher auf Drillingsgefelle

und 98er Munitionskörbe gesucht bei hohem Lohn auf längere Zeit. **Mag Müller, Dresden-A. 16, Striefener Str. 21.**

Korbmacher

auf Gefäßkörbe, Munitionskörbe 98 und 15er Langgranaten gesucht. Wir zahlen auf Grüngefälligen und Mattarbeit den tarifmäßigen Lohn und 25 Prozent Teuerungszulage.

Hermann Kühn, Köpchenbroda bei Dresden.

Tüchtige Korbmacher

für Gefäßkörbe zu Tarifklasse werden eingestellt.

Theodor Reimann, Agl. Hoflieferant, Dresden-N., Königstr. 3.

Ostpreussisches Sagenbuch,

gebunden 50 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 18. März, bis Freitag, 24. März 1916.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeibete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Zusammen			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	25	91	87	73	62	28	43	20	31	4	7	132	9	120	296	82	354					
Bremen	3	6	6	4		6										15	4	6				
Dresden																						
Celle																						
Chemnitz	3	1	4	4	1	1									1	1	5	8	4			
Eisenburg																24	1	24				
Forst																						
Hamburg																						
Hannover	35	4	3	10		1										4	39	10	8			
Hertford																						
Leipzig	4	15	21	12	14	13	6	6	5	4	3	1			2	6	44	24	44			
Lübeck	5	1	1		2																	
Zusammen	72	3	118	122	104	79	48	7	50	25	4	34	5	7	133	11	155	405	129	443		
Bor. Woche	39	6	121	105	84	78	30	2	60	35	2	22	9	8	130		136	348	94	425		

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.